

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Ratgeber

Pestizidfreie Kommunen



Titelbild, S.2: Mit freundlicher Genehmigung der Universitätsstadt Tübingen

*Wir verzichten auf Pestizide, für... „den Schutz von Umwelt und Gesundheit sowie für (...) mehr biologische Vielfalt (...): Lebensraum für Insekten und Tiere, Bindung von Feinstpartikeln, Regelung des Stadtklimas.“
Luxemburg (Stadt)*

1	Flächenpflege ohne Pestizide	3
2	Biologische Vielfalt und Pestizide	5
3	Alternativen zum Pestizideinsatz	7
4	Zusammenarbeit mit allen Beteiligten	10
5	Welche Kosten sind zu erwarten?	11
6	Beispiele für „Pestizidfreie Kommunen“	12
7	Beschlussvorlage „Gemeinde und Städte ohne Pestizide“	14
8	BUND-Forderungen	15

1 Flächenpflege ohne Pestizide

In vielen unserer Städte und sogar in Dörfern sind Kräuterwiesen, Wildblumen und damit Schmetterlinge und Bienen verschwunden. Aber nicht nur dort: Weltweit ist die biologische Vielfalt in Gefahr. Pestizide tragen wesentlich zu dieser Entwicklung bei. Direkt, weil sie schädlich für viele Pflanzen und Tiere sind und indirekt, indem sie Lebensräume zerstören. Gleichzeitig gefährden sie die menschliche Gesundheit. Ob auf öffentlichen Flächen oder im privaten Garten, alle können in ihrer Kommune einen Beitrag leisten, dem Rückgang der biologischen Vielfalt etwas entgegen zu setzen.

Ein kompletter Verzicht auf Pestizide im kommunalen Bereich ist möglich, ohne die Pflichten der Gemeinde zu vernachlässigen. Dazu liegen umfassende Erfahrungen vor. Auf der Basis einer sinnvollen Planung, mit alternativen Verfahren und mehr Toleranz für Gräser und Wildblumen im öffentlichen Raum verzichten Städte wie Münster und Saarbrücken seit zwanzig Jahren auf Spritzmittel. Und sie sind mittlerweile nicht mehr die einzigen.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat Erfahrungen dieser „pestizidfreien“ Gemeinden gesammelt. Die gewonnenen Erkenntnisse sind Grundlage dieser Broschüre. Sie sollen helfen, einen Verzicht auf Pestizide auch in Ihrer Gemeinde möglich zu machen. Sie finden praktische Tipps, beispielsweise zu Pflegekonzepten und alternativen Verfahren, sowie eine Kontakt- und Materialliste. Anhand von Beispielen zeigen wir, was Kommunen bei einem Verzicht auf Pestizide beachten sollten.

„Langfristige Pflegekonzepte fehlen häufig, und der vorbeugende Wegebau als Instrument der indirekten Vegetationskontrolle wird oft nur unzureichend genutzt.“
Julius-Kühn-Institut



Foto: Mit freundlicher Genehmigung der Stadt Münster



„Bereits bei der Planung muss darauf geachtet werden, dass die befestigten Verkehrsflächen dem Bedarf entsprechend dimensioniert werden.“
Münster, seit 1989 pestizidfrei.

Um die Vermeidung von Pestiziden in den Kommunen zu erreichen sind viele Aspekte zu berücksichtigen.

Schönheitsideal hinterfragen (Kapitel 3)

- Toleranz gegenüber begrünter Flächen

Bei der Planung von Flächen späteren Bewuchs berücksichtigen (Kapitel 3)

- Vermeidung breiter und überflüssiger Gehwege
- Flächen mit geringem Fugenanteil anlegen
- Kein Unterbau mit Boden, der Wildkrautsamen enthält

Rückbau und Umgestaltung von Flächen (Kapitel 3)

Erstellen eines Pflegekonzepts (Kapitel 3)

- Toleranzgrenzen für Wildkrautbewuchs festlegen
- Flächenabstufungen vornehmen

Einsatz alternativer Verfahren (Kapitel 3)

Zusammenarbeit mit allen Beteiligten (Kapitel 4)

- Gemeinde-/Stadtrat motivieren
- Personal einbeziehen
- Bevölkerung sensibilisieren

2 Biologische Vielfalt und Pestizide

Die biologische Vielfalt ist die Grundlage unseres Lebens: Wir brauchen Bienen, damit wir im Herbst Früchte ernten können, Wiesen als Lebensraum für Insekten, Bäume und Sträucher, um die Luft sauber zu halten. Aber natürlich auch um ihrer selbst Willen sind Tier- und Pflanzenarten schützenswert. Mit rasantem Tempo verlieren wir unseren Artenreichtum, auch in Deutschland.

Gerade auch unsere Städte und Dörfer bieten verschiedenste Lebensräume für viele Tiere und Pflanzen. Aber Pestizide sorgen dafür, dass sie nach menschlichem Geschmack „ordentlich“ aussehen und zerstören damit wichtige Biotope. Sie töten jedoch nicht nur die Zielorganismen, sondern sind auch eine Gefahr für andere Pflanzen und Tiere sowie den Menschen.

Ein Beispiel ist das häufig eingesetzte Herbizid Glyphosat. Lange galt Glyphosat als unbedenklich. Mittlerweile bringen unabhängige Studien Glyphosat mit chronischen Erkrankungen, Störungen des Hormonsystems, Geburtdefekten sowie Krebs und Parkinson in Verbindung. Auch für die biologische Vielfalt stellt Glyphosat ein hohes Risiko dar: Die Bodenfruchtbarkeit wird zerstört, wenn Wildpflanzen fehlen und damit der Boden vor Erosion nicht mehr geschützt ist sowie Nützlingen keinen Lebensraum mehr haben. Auch wichtige Bodenpilze (Mykorrhiza-Pilze) werden zerstört, die bei vielen Pflanzen das Wachstum fördern. Zudem werden zunehmend schädliche Einflüsse auf Wasserorganismen beobachtet. So kann Glyphosat das Wachstum von Algen fördern, die negative Auswirkungen auf die menschliche und tierische Gesundheit haben können. Amphibien sind besonders gefährdet, da ihre dünne und durchlässige Haut den Stoff scheinbar besonders gut eindringen lässt. Bei Froschembryonen wurden Missbildungen selbst bei niedrigen Mengen von Glyphosat beobachtet.

Glyphosat ist mittlerweile weit verbreitet: Es wurde in hohen Konzentrationen in Oberflächengewässern, im Grundwasser, in Lebensmitteln und auch im menschlichen Urin gefunden. Die Anwendung auf kommunalen Flächen trägt dazu bei. Der Einsatz glyphosathaltiger Mittel auf versiegelten Flächen ist nur mit einer Ausnahmegenehmigung möglich, bei Nähe zu Kanalisation oder Gewässern zusätzlich nur mit bestimmten Anwendungsverfahren. Aber auch dann kann nicht verhindert werden, dass der Stoff in die Umwelt gelangt: Abschwemmung, defekte Geräte, fehlende Sachkunde der Anwender, mangelndes Entfernen der Pflanzenreste oder nicht Nichteinhalten der Anwendungsaufgaben sind Gründe dafür.

Um den Verlust der biologischen Vielfalt aufzuhalten, müssen wir endlich umdenken. Viele Kommunen verzichten heute bereits auf Pestizide oder haben den Einsatz reduziert. Andere engagieren sich im Rahmen des Bündnisses „Kommunen für die biologische Vielfalt“.

Mehr unter: www.kommunen-fuer-biologische-vielfalt.de

Wichtig ist, dass ein Pestizidverzicht auch politisch gewollt ist. „Ein politisches Umdenken in Richtung „saubere Stadt“ führte zum erneuten Einsatz von Pestiziden.“ Cuxhaven, 1993 – 1998 pestizidfrei.



Foto: Mit freundlicher Genehmigung der Stadt Kleve



Foto: Änd. Erpeiding, mit Frdl. Genehmigung der Stadt Luxemburg



Foto: Mit freundlicher Genehmigung der Stadt Kleve



Foto: Mit freundlicher Genehmigung des Julius-Kühn Instituts



Foto: Mit freundlicher Genehmigung der Stadt Betzdorf



Foto: Mit freundlicher Genehmigung der Stadt Betzdorf

Bilder von links oben nach unten: Einbau des Materials „Hansegrand“ in Baumscheiben in Kleve. Das Material trocknet schnell aus und lässt so weniger Bewuchs zu. Mitte: Baumscheibe, herkömmliche Gestaltung. Unten: Wildkräuter im Kopfsteinpflaster in Betzdorf. Bilder rechts von oben nach unten: Naturnaher Spielplatz mit Wildkräutern. Mitte: Begrünter Schallschutz. Unten: Begrünte Natursteinmauer in Betzdorf.

3 Alternativen zum Pestizideinsatz

Gründe für den Verzicht auf Pestizide gibt es viele, aber existieren auch Alternativen? Ja, die gibt es! Nicht nur alternative Verfahren, auch eine sinnvolle Bauplanung, ein gutes Pflegekonzept und ein verändertes Schönheitsideal für öffentliche Flächen sorgen dafür, dass auf Pestizide verzichtet werden kann.

Schönheitsideale hinterfragen

Wie „ordentlich“ muss eine Fläche aussehen? Welche Flächen dürfen in Ihrer Kommune „grüner“ werden? Stören Gräser am Straßenrand das Stadtbild?

Kommunen profitieren in vielerlei Hinsicht von mehr Grünflächen: Sie wirken als Schadstofffilter, dämpfen hohe Temperaturen und verringern Verkehrslärm. Öffentliches Grün erhöht den Erholungswert und bietet Lebensraum für zahlreiche einheimische Tiere und Pflanzen.

Eine höhere Toleranz gegenüber Wildkräutern macht den Verzicht auf Pestizide einfacher und sieht nicht automatisch „unordentlich“ aus.
Luxemburg (Stadt)

Sinnvolles Bauen

Bereits bei der Bauplanung kann auf die Gestaltung der Wege und Flächen geachtet und damit späterer ungewollter Bewuchs verhindert werden. Die bebaute Fläche sollte möglichst klein gehalten werden. Zudem spielt das Baumaterial eine wichtige Rolle. Die Fugenbreite sollte nur so breit wie nötig sein.

Die Umgestaltung von Flächen kann erheblich dazu beitragen, die Pflege zu erleichtern. Die Stadt Kleve setzt zum Beispiel auf die Sanierung von Flächen mit Materialien wie Kalkstein, die den Wildkrautbewuchs eindämmen. Auch in Göttingen wurden umfassende technische Umbaumaßnahmen entwickelt, um den Pflegeaufwand und die Kosten für die Grünanlagen zu reduzieren. Siehe dazu Kapitel 6, Beispiel Göttingen.

Gute Pflege

Entscheidend für den Bekämpfungserfolg sind auch die Wahl des Bekämpfungszeitpunkts sowie die entsprechenden Pflegemaßnahmen vor bzw. nach der erfolgten Bekämpfung.

Eine stark eingewachsene Fläche mit starkem Altkrautbewuchs sollte zum Beispiel bereits im Herbst behandelt werden, um explodierende Kosten für Pflegemaßnahmen im darauf folgenden Frühjahr zu vermeiden. Generell ist zu empfehlen mit der Unkrautbekämpfung bereits zeitig im Frühjahr zu beginnen, wenn die Pflanzen noch klein und schwach sind. Ein Kehren zu behandelnder Flächen vor und nach der Bekämpfungsmaßnahme erhöht den Bekämpfungserfolg. Neben rein optischen Effekten werden dabei auch Unkrautsamen entfernt.

Bodenabdeckung

Eine Alternative zu Pestiziden stellen auch indirekte Maßnahmen zur Unterdrückung von Wildkräutern, wie verschiedene Möglichkeiten der Bodenbedeckung dar.

Die Abdeckung von Böden mit verschiedenen Materialien unterdrückt das Wachstum unerwünschter Pflanzen je nach Wahl der Methode für mehrere Jahre. Dabei sollten organische Materialien wie Holzhäcksel, Rindenmulch oder Stroh genutzt werden. Auch Pflanzen können als Bodendecker dienen. Dabei muss allerdings der höhere Pflegeaufwand berücksichtigt werden.

Synthetische Bodenbedeckungen werden angeboten, beispielsweise von der Firma: CECOTEC www.cecotec.be/default.asp?LNG=2. Organischen Materialien sollte jedoch der Vorzug gegeben werden.

Ein angepasstes Pflegekonzept ist wichtig

Die Nutzung eines differenzierten Nutzungskonzept kann dafür sorgen, dass Flächen nur so oft gepflegt werden müssen, wie für ihre Nutzungsart notwendig. Entsprechend ihrer unterschiedlichen Nutzungskategorie können Abstufungen in der Flächenpflege vorgenommen werden. Ein Beispiel dafür: Die Stadt Köln hat eine Kategorisierung entwickelt, die die Flächen nach Toleranzgrenzen für Wildkraut bewuchs einstuft.

Kategorie	Beispiel	Prozent
Flächen mit herausragender Bedeutung	die Fläche vor dem Kölner Dom	0 bis 1 Prozent
Flächen mit mittlerer Pflegeintensität	Geschäftsstraßen	1 bis 5 Prozent
Flächen mit geringerer Pflegeintensität	Wohngebiete	5 bis 20 Prozent

Quelle: Köln: Kategorisierung von Flächen www.jki.bund.de/fileadmin/dam_uploads/_A/FT_Unkraeuter/13-Wirths.pdf, S. 21f

Jede Gemeinde muss für sich eigene, standortangepasste Pflegekonzepte entwickeln, die einer Entwicklung von Wildkräutern vorbeugen. Bei der Erstellung eines Pflegekonzepts sollten unter anderem folgende Kriterien berücksichtigt werden:

- ein flächenspezifisches Vorgehen,
- die Auswahl der Pflegeverfahren,
- die Kombination einzelner Verfahren,
- die Anzahl der Pflegegänge,
- die Auswirkungen auf Maschinen und Personal.

Folgende weitere Punkte können bei der Konzepterstellung hilfreich sein:

- Berücksichtigung des späteren Pflegeaufwands schon bei der Planung von Flächenumgestaltungen,
- Einbeziehung des Personal- und Gerätebestands in die Planung,
- Ansprüche an die Flächenoptik klären: Entkrautung nur dort, wo unbedingt erforderlich,
- Flächenbestand analysieren und Gefahrenquellen eingrenzen,
- Kombination einzelner Verfahren als abgestimmtes Pflegekonzept.

Vor dem Kauf eines Gerätes sollte berücksichtigt werden:

- Eignung für die vorgesehenen Flächen,
- Geringe Brandgefahr des Gerätes,
- Geringe Geräusch- und Rauchentwicklung,
- Geringer Energieverbrauch.
- Guter Support: Achten Sie beim Kauf von Maschinen darauf, dass die Firma einen umfassende Support nach dem Kauf anbietet. Von mehreren Kommunen wurde dies beim Einsatz alternativer Verfahren kritisiert!

Alternative Verfahren

Es existieren eine Reihe mechanischer und thermischer Bekämpfungsmöglichkeiten von Wildkräutern, die gut auf einander abgestimmt sein sollten.

Mechanische Verfahren gehören zum Standard in jeder Kommune. Zum Einsatz kommen Kehrmaschinen, Mähgeräte, Freischneider, Absaugsysteme, Fugenkratzer und nicht zuletzt das gute alte Handjäten.

In Kombination mit fachgerechtem Mulchen ist Handarbeit eine Alternative zum Einsatz von Pestiziden.

Thermische Verfahren stellen beispielsweise auf Splitt- und Kiesflächen, aber auch auf Pflasterflächen eine weitere Pflegemöglichkeit dar. Neben Abflamm- und Infrarotgeräten werden Geräte angeboten, die mit heißem Schaum, Dampf oder Wasser arbeiten.

Auch Laser-Verfahren sind für in der Grünflächenpflege in Zukunft vorstellbar. Wissenschaftler aus Hannover erprobten bereits 2012 Laserstrahlen als umweltfreundliche Alternative zur chemischen Wildkrautbekämpfung. Dazu haben die Forscher eine Anlage entwickelt, die automatisch über Felder oder Beete fahren kann. Eine Kamera erkennt aufsprießende Wildkräuter und vernichtet diese per Laserstrahl.

- **Mechanische Wildkraut-Bekämpfung** ist unentbehrlich. Kehrmaschinen und Wildkrautbürsten in Kombination mit Handarbeit werden von einigen Kommunen als Alternativen zu Einsatz von Pestiziden genutzt. Es kommen hier zum Teil keine anderen Maschinen zum Einsatz.

„Mit modernen Methoden kann Unkrautbewuchs auf Pflastern und Wegen auch ohne chemische Pflanzenschutzmittel zuverlässig bekämpft werden.“ Landwirtschaftliches Technologie Zentrum Augustenberg

- **Heißluftgebläse** töten Wildkräuter und tieferliegende Wurzeln durch intensive Hitze. In den Niederlanden existieren umfassende Erfahrungen mit dieser Technik. In Deutschland ist beispielsweise die Stadt Münster zufrieden mit einem Heißluftbrenner. Vorteil der Technik: Es entsteht nur eine geringe Rüstzeit, da die Luft nicht vorgeheizt werden muss. Die Stadt Celle setzt keine Heißluftbrenner mehr ein, da das Grün schnell nachwächst.

Anbieter: Die Firma Adler bietet Heißluftgeräte zur Wildkrautbekämpfung an, www.adler-arbeitsmaschinen.de

- **Heißwassergeräte** töten überirdische Pflanzenteile und die oben liegenden Wurzeln durch heißes Wasser ab. Sie gelten wegen des hohen Energieverbrauchs als relativ teuer. Ihre Effizienz steigt jedoch zunehmend. Die Technik ist bei einigen Geräten sensorgesteuert, so dass nur an den Stellen gespritzt wird, wo tatsächlich auch Kräuter wachsen. Die Heißwasser-Methode findet bei Kommunen zunehmend Zuspruch. Beispielsweise setzen Bielefeld, Recklinghausen und Lünen das „wave“ Verfahren ein.

Anbieter: ELMO GmbH, Rheine www.flaechenpflege.de und ipros –Industrie-Produkte-Service-GmbH, Iserlohn www.ipros.de und Wave Europe, Niederlande www.waveunkrautbekaempfung.de



Foto: Norbert Schmitzler

- **Heißschaumgeräte** töten ebenfalls überirdische Pflanzenteile und die oben liegenden Wurzeln durch heißes Wasser ab. Der Schaum dient zur Isolierung und soll eine schnelle Abkühlung verhindern. Es werden dabei geringe Mengen Essigsäure eingesetzt. Die Wirkung basiert jedoch auf der Temperatur, so dass das Verfahren als physikalisch bzw. mechanisch eingestuft wird. Heißschaumgeräte werden von Kommunen als effizient, aber auch teuer beurteilt. BürgerInnen haben häufig Bedenken, da der weiße Schaum auf PassantInnen „chemisch“ und damit gefährlich wirkt.

Angeboten werden Geräte von ELMO GmbH, Rheine www.flaechenpflege.de und ipros –Industrie-Produkte-Service-GmbH, Iserlohn www.ipros.de



Foto: Douwe de Winter, wave Europe

- **Heißdampfgeräte** arbeiten mit über 100° C heißem Wasserdampf. Dieser wird auf Pflanzen aufgebracht, so dass das Zelleiweiß zerstört wird. Beispielsweise In Sachsen wurden gute Erfahrungen damit gemacht.

Es sind Geräte wie „geysir“ oder „weedcleaner“ auf dem Markt. Anbieter: OMK – Ihr Dienstleister, Loitsche-Heinrichsberg www.flaechenpflegekonzept.de und OMS GmbH, Schwäbisch-Hall www.die-oms.de und Firma Korpis, Brake www.korpis.de

- **Abflammgeräte** erwärmen Pflanzen kurzfristig mit 50 – 70° C, so dass die Pflanzen absterben. Abflammgeräte stellen bei nicht sachgemäßer Anwendung eine Feuergefahr dar. Die liegen bleibenden verkohlten Pflanzenteile dienen als Nährboden für nachwachsende Pflanzen.
Anbieter: Reinert Metallbau GmbH, Weidenbach www.abflamntechnik.de
- **Infrarotgeräte** erhitzen den Pflanzenzellkern auf mehr als 50° C. Dies führt zu dessen Absterben und somit zur Schädigung der Pflanze. Bei Infrarotgeräten wurden das unsichtbare Ergebnis, die schweren Maschinen und die gesundheitlichen Bedenken für die Anwender durch Kommunen kritisiert. Beispielsweise kommt das Gerät „weedboy“ zum Einsatz. Die Stadt Oberhausen arbeitet mit Infrarotgeräten.
Anbieter: CECOTEC www.cecotec.be/default.asp?LNG=2

*Wichtig ist „die Möglichkeit auf alternative/mechanische Hilfsmittel und Geräte zurückgreifen zu können, deren Einsatz unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten den gleichen Effekt erzielen.“
Bielefeld, teilweise pestizidfrei.*

Weitere Informationen zu alternativen Verfahren finden Sie beispielsweise unter:

- Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen:
www.landwirtschaftskammer.de/landwirtschaft/pflanzenschutz/genehmigungen/unkrautohnechemie/index.htm
- Die Universität von Kopenhagen hat 2004 eine Studie veröffentlicht, in der fünf alternative Wildkraut-Behandlungsmaßnahmen verglichen werden. Der Einsatz heißen Wassers wurde am besten bewertet, ähnlich gut wurden heiße Luft und heißer Dampf eingestuft. Die Studie „Wave: 100 Prozent Wasser gegen Unkraut“ kann auf der BUND Seite unter www.bund.net/themen_und_projekte/chemie/pestizide/pestizidfreie_kommune/ herunter geladen werden.
- KommunalTechnik. Zeitschrift für das technische Rathaus. Vergleiche alternativer Verfahren: „Damit es Ihnen nicht über den Kopf wächst“, 2011.
- Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie. Erfahrungsberichte zu thermischen Verfahren. www.jki.bund.de/fileadmin/dam_uploads/_A/FT_Unkraeuter/09-Dittrich.pdf



4 Zusammenarbeit mit allen Beteiligten

Einbeziehung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Gemeinsam mit dem Personal, das für die Grünflächenpflege zuständig ist, sollte bereits auf der Planungsebene und vor Beginn von Baumaßnahmen, der Anschaffung neuer Maschinen oder der Erstellung eines neuen Pflegekonzepts, eine umfassende Bestandsaufnahme durchgeführt werden.

Dabei können beispielsweise folgende Fragen helfen:

- Welche Flächen können umgestaltet werden?
- Welche Wildkrautarten müssen bekämpft werden?
- Welche Pflanzen können durch krankheitsresistente Arten ersetzt werden?
- Welche Maschinen wurden bisher genutzt? Wie gut ist das Personal geschult?
- Wie stehen der Gemeinde-/ Stadtrat zu einem Pestizidverzicht?

Sowohl die Verwaltung als auch der Stadt-/ Gemeinderat kann einen Verzicht auf Pestizide initiieren. In Tübingen wurde auf Bestreben der Verwaltung auf Pestizide verzichtet. In Saarbrücken gab es einen Stadtratsbeschluss. Beide Varianten funktionieren gut. Einen Musterantrag für den Stadt-/ Gemeinderat finden Sie auf Seite 13.

Sensibilisierung der Bevölkerung

Die Erfahrungen pestizidfreier Gemeinden zeigen, dass ein Teil der EinwohnerInnen mit „unordentlichen“ und „schlecht gepflegten“ Flächen nur schwer leben kann. Die Bevölkerung sollte auch aus diesem Grund frühzeitig in die Konzeptumsetzung mit einbezogen werden.

Die Stadt Luxemburg hat zum Beispiel den Verzicht auf Pestizide mit umfassender Öffentlichkeitsarbeit verbunden. So wurden praktische Merkblätter erarbeitet, wie auch Informationsabende und Stadtbesichtigungen angeboten, die für die Veränderungen in der Ästhetik des Gemeindebildes sensibilisieren sollen.

Eins muss im Vorhinein klar sein: Auch wenn die Kommune viel Wert auf Aufklärung und Beteiligung legt, Unzufriedene wird es immer geben! Mit ihnen muss man lernen umzugehen.

*„Es gibt zahlreiche Bürger, die eine effektivere Bekämpfung von „Unkraut“ sowohl in Blumen- als auch Baumbetten fordern.“
Beetzdorf (Siegen)*

5 Welche Kosten sind zu erwarten?

Der Einsatz von Pestiziden ist im Vergleich zu alternativen Verfahren oft kostengünstiger. Dies zeigen die Erfahrungen verschiedener Kommunen, die auf Pestizide ganz oder teilweise verzichten. Personalaufwand und Maschineneinsatz sind höher. Zudem steigt der Energiebedarf vor allem beim Einsatz von thermischen Verfahren.

Allerdings können anfallende Kosten erheblich reduziert werden: In manchen Grünanlagen, wie beispielsweise Parks, kann durch eine weniger intensive Pflege Arbeitserleichterung mit einem Gewinn an biologischer Vielfalt verknüpft werden. Ein stimmiges Pflegekonzept sorgt dafür, dass Flächen nur so viel gepflegt werden wie nötig.

Zudem muss berücksichtigt werden, dass eine sichere Anwendung von Pestiziden, wie beispielsweise von glyphosathaltigen Mitteln, ebenfalls personalintensive Maßnahmen erfordern. Dazu zählen: die umfassende Schulung des Personals, ein Flächenmonitoring vor der Antragstellung einer Ausnahmege-
nehmigung, die Nachbearbeitung der Flächen mit mechanischen Geräten und ein Flächenmonitoring nach der Bearbeitung. Auch diese Aspekte gibt es bei der Berechnung der Kosten zu berücksichtigen.

Kostenbeispiele

In **Bielefeld** wurde das Heißwassergerät „wave“ angeschafft. Die Quadratmeterkosten kalkuliert die Stadt mit 7 Cent.

Recklinghausen gibt an, mit 11 – 13 Cent pro Quadratmeter beim Einsatz von „wave“ zu rechnen. Die Anschaffungskosten für ein Gerät „wave“ belaufen sich nach Herstellerangaben auf 9.950 Euro für ein kleines bis zu 89.500 Euro für ein großes Profi-Gerät. Andere Methoden wie das Abflämmen von Wildkräutern sind mit höherem Zeit- und zum Teil auch Kostenaufwand verbunden als der Einsatz des „wave“ Gerätes.

Münster hat 2012 die Heißluftwalze „Ecoflame“ gekauft. Ein Gerät für einen Schlepper kostet 25.000 Euro. Die Kosten pro Quadratmeter sind nach Aussage der Stadt geringer als bei allen anderen Alternativverfahren.

„Kosten können reduziert werden durch die Umgestaltung von Flächen, z. B. den Rückbau in Rasenflächen oder Schotterrassen.“
**Landwirtschaftskammer
Nordrhein-Westfalen**



6 Beispiele für „Pestizidfreie Kommunen“



Foto: Mit freundlicher Genehmigung der Stadt Münster

„Die HeiBluftwalzen funktionieren besser als alle anderen Alternativverfahren.“ Stadt Münster

als verdoppelt haben, möchte die Stadt nicht wieder Pestizide einsetzen. Diese Flächen werden heute von 135 MitarbeiterInnen ohne Pestizide betreut, 1990 waren es ca. 150 Personen. Die Bekämpfung der Wildkräuter geschieht mit verschiedenen alternativen Verfahren: zwei Wildkrautbürsten für den Schlepperbetrieb, zwei handgeführte Wildkrautbürsten, zwei handgeführte Infrarotgeräte, acht „Brenner“ sowie Freischneider und Schuffeleisen. Nach einer achtwöchigen Testphase 2011 wurden 2012 auch zwei HeiBluftwalzen „Ecoflame“ neu angeschafft. Die Erfahrungen mit der Technik sind gut.

Pestizidfrei seit 1989: Münster

In Münster werden seit 1989 keine Pestizide auf allen städtischen Flächen und den Flächen der Tochtergesellschaften eingesetzt. Im selbstbindenden Stadtratsbeschluss heißt es: „... verzichten die Stadt Münster, städtische Gesellschaften und durch die Stadt verwaltete Stiftungen auf den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ...“

Obwohl die Flächenpflege schwieriger und teurer ist als zuvor und sich die von der Stadt Münster zu pflegenden Flächen von 1990 bis 2011 mehr



Foto: Mit freundlicher Genehmigung der Universitätsstadt Tübingen

„Neue DIN-Rasenflächen sind sehr viel anfälliger für Wildkräuter als die vorherigen Rasenarten.“ Stadt Tübingen

Stadtverwaltung sehr viel anfälliger für z. B. Klee oder Breitwegerich als die bisher vorhandenen Sportplätze sind .

Die Stadtverwaltung hat über die Obst- und Gartenbauvereine sowie die Kleingartenvereine Informationen zum biologischen Pflanzenschutz an die Bevölkerung verteilt. Sie möchte, dass auf Privatgrundstücken sollen möglichst keine Pestizide mehr eingesetzt werden.

Weniger Pestizide in Tübingen

In Tübingen wurde ab Mitte der 90er Jahre auf Initiative der Verwaltung auf den Einsatz von Pestiziden durch städtische Ämter verzichtet. Einen Stadtratsbeschluss dafür gibt es nicht.

Nur auf Rasenplätzen werden seit 2010 zum Teil wieder Pestizide eingesetzt, da neue nach DIN-Norm angelegte Rasenflächen nach Aussagen der

Saarbrücken: 20 Jahre ohne Pestizide

Saarbrücken verzichtet bereits über 20 Jahre auf Pestizide sowohl auf Kultur- wie auf Nicht-Kulturland. Eine Ausnahme sind Rasensportflächen. Hier werden selektive Herbizide eingesetzt. Der Pestizidverzicht gilt für alle kommunalen Flächen auch bei Verpachtungen. Ein selbstbindender Stadtratsbeschluss ist die Grundlage für die drastische Reduktion des Pestizideinsatzes.

Es existieren die verschiedensten Formen des Wegebbaus in Saarbrücken. Auf begangenen Wegen ist der Pflanzenwuchs kein Problem. Thermische Verfahren wurden ausprobiert, aber nicht weiter genutzt. Die Steine würden zerstört und die Abtötung der Pflanzen funktioniere nur oberflächlich, so die Meinung der Grünanlagenpfleger. Auf Bürgersteigen wird gemäht oder manuell gepflegt. Erfahrungen werden mit anderen Kommunen geteilt: 2010 organisierten KollegInnen der Stadt Luxemburg eine Exkursion in die Stadt zu diesem Thema.



Foto: Mit freundlicher Genehmigung der Stadt Saarbrücken

Große Bürgersteige werden so begangen, dass Pflanzen unterdrückt werden oder wir mähen und pflegen manuell. Stadt Saarbrücken



Kampagne „...ohne Pestizide“ und Städtenetzwerk „QuattroPole“

Zahlreiche Gemeinden in Luxemburg zeigen, dass bei der Pflege von Grünflächen auf Pestizide verzichtet werden kann. In mindestens zwanzig der 106 Gemeinden werden keine Pestizide mehr eingesetzt, in 50 weiteren wurde der Pestizideinsatz stark reduziert oder einem Gemeinderatsbeschluss zur Reduktion des Pestizideinsatzes zugestimmt.

Im Rahmen des Luxemburger Projekts „... ohne Pestizide“ ist auch das Städtenetzwerk „QuattroPole“ entstanden. Die Städte Luxemburg und Metz (Frankreich) sowie Saarbrücken und Trier haben bereits gemeinsame Fachexkursionen durchgeführt, um anderen Kommunen von ihren Erfahrungen zu berichten. Diese Angebote sind auch weiterhin verfügbar.



Foto: Mit freundlicher Genehmigung der Stadt Luxemburg

Wichtig sind „klare Leitlinien in enger Zusammenarbeit mit dem Personal vor Ort.“ Luxemburg (Stadt), seit 2010 pestizidfrei

„Das Wichtigste ist die Möglichkeit, auf alternative/mechanische Hilfsmittel und Geräte zurückgreifen zu können, deren Einsatz unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten den gleichen Effekt erzielt, wie mit Pflanzenbehandlungsmitteln.“

Stadt Bielefeld



Foto: Mit freundlicher Genehmigung der Stadt Bielefeld

Bielefeld

Der Verzicht auf Pestizide im Bereich der Grünflächenpflege basiert auf einem Beschluss des Umwelt- und Freiflächenausschusses der Stadt von 1985. Ziel dieser Einschränkung in der Bewirtschaftung von Grünflächen ist es, die Bodenlebewesen und das Grundwasser vor Auswaschungs- und Abbauprodukten aus Pflanzenbehandlungsmitteln zu schützen. Dabei kam es in Bielefeld zu partiellen Einschränkungen der Verkehrssicherheit durch leichte Anhebungen von Wegebelägen (z. B. Bitumen, Schotter, Sand) und die Entstehung von Stolperkanten. Ebenso wurde in der Stadt beobachtet,

dass Kletterpflanzen andere Gewächse in ihrem Wuchs behindern und so zu höheren Pflegekosten führen. Der Pestizidverzicht macht es notwendig, ungewollte Kräuter wie früher in Handarbeit zu beseitigen und alternative Geräte einzusetzen. Dabei wurden in Bielefeld mit Geräten der Marke „Wave“ gute Erfahrungen gemacht.



Foto: Mit freundlicher Genehmigung der Stadt Celle

Celle

In Celle wird auf allen städtischen Flächen auf Basis eines Stadtratsbeschlusses seit 20 Jahren auf den Einsatz von Pestiziden verzichtet. Lediglich auf Sportplätzen werden Pestizide im Einzelfall genutzt.

Als Nachteile werden von der Stadt ein höherer Personalbedarf und ein verändertes Schönheitsideal genannt, wofür die öffentliche Akzeptanz erst noch geschaffen werden muss.

„Handarbeit sollte zusammen mit fachgerechtem Mulchen eingesetzt werden.“

Stadt Celle

In Celle sammelte man mit alternativen Pflegegeräten folgende Erfahrungen:

- Heißluftgeräte werden nicht mehr eingesetzt, weil das Grün zu schnell wieder nachwuchs.
- Die aufwendige Handarbeit wird nur in Verbindung mit fachgerechtem Mulchen als sinnvoll erachtet.
- Nach dem Einsatz von Heißschaumgeräten auf Verkehrsinseln und Pflasterflächen wuchs das Grün recht schnell wieder nach.
- Beim verstärkten Einsatz von Freischneidern zum Abmähen und Freischneiden von Fugen besteht Steinschlaggefahr.

Göttingen

„Es ist nicht möglich, ökologisch wertvolle Pflege mit Etatkürzungen oder sinkenden Personalzahlen auszuführen.“ Stadt Göttingen

Die Stadt Göttingen verzichtet nach einem Stadtratsbeschluss seit 1988 im gesamten Stadtgebiet auf den Einsatz von Pestiziden und Bioziden. Lediglich im Rosengarten darf das Fungizid „Baymat“ und das Mittel „Pirimor“ gegen Mehltau und Blattlausbefall angewendet werden. Seit 2014 wird die Herkulesstaude mit dem Mittel „Garlon 4“ behandelt, nach dem sie 10 Jahre manuell ohne ausreichenden Erfolg bekämpft wurde. Der Einsatz von Düngern findet ebenfalls in sehr reduziertem Maß statt. Lediglich bei Neupflanzungen werden Dünger eingesetzt. Der Einsatzbereich ist minimal.

Neben der Handarbeit wird auch eine Wildkrautbürste zur Reinigung von Wegeflächen eingesetzt. Durch den Pestizidverzicht bedarf es eines höheren Personaleinsatzes, der zu Pflegerückständen führen kann, die von ordnungsliebenden Mitbürgern häufig kritisiert werden.

Kosten durch richtige Bepflanzung senken

Es wurden umfassende Umbaumaßnahmen durchgeführt, um den Pflegeaufwand zu reduzieren. Dabei standen ein sauberes Erscheinungsbild und eine große ökologische Vielfalt im Vordergrund. Das folgende Beispiel zeigt, dass der Pflegeaufwand und damit die Kosten durch eine entsprechende Bepflanzung erheblich reduziert werden können.

→ Mehr Informationen zu den Umbaumaßnahmen in Göttingen finden Sie hier: www.galk.de/werbung_s/mb_gruenmanagement_121112.pdf



Beispiel: Eine intakte Vegetationsstruktur verringert den Pflegeaufwand

*Pflanzungen mit weniger als 85 % Deckung.
Zeitaufwand
20 Min. /m²/Jahr.
Kosten 10,20 € /m²/Jahr.*



*Pflanzungen mit mind. 85 % Deckung.
Zeitaufwand
12 Min. /m²/Jahr.
Kosten 6,60 € /m²/Jahr.*



Fotos (3): mb Grünmanagement, Monika Böhm

*Vitale Pflanzungen mit vollständiger Deckung.
Zeitaufwand
4 Min. /m²/Jahr.
Kosten 2,20 € /m²/Jahr.*



Foto: Mit freundlicher Genehmigung der Stadt Konstanz

Konstanz

In Konstanz werden auf Grund einer Erklärung des Stadtrats keine Herbizide auf gebundenen oder ungebundenen Belagsflächen genutzt. Eingesetzt werden biologische Präparate, wie beispielsweise Neem Azal. Der Einsatz von Pestiziden erfolgt nur noch auf Flächen mit besonders hohen qualitativen Anforderungen wie Liegewiesen, Bädern, Rasensportplätzen und bei der Kleebekämpfung.

Der Wildkrautdachs wird wegen seiner hohen Lärm-entwicklung im öffentlichen Bereich nicht eingesetzt. Wildkrautbesen wie Weedcleaner hingegen

nutzt man. Der Einsatz des Weedcleaners hat einen hohen Energieaufwand und regelmäßige Behandlungsintervalle durch geschultes Personal zur Folge.

Problematisch beim Pestizidverzicht sind Akzeptanzprobleme in der Bevölkerung. Die Toleranz gegenüber Spontanvegetation ist oft gering. Auch sind die Kosten bei mechanischer Wildkrautregulierung höher.

„Das Wichtigste?
Spontanvegetation
tolerieren!“
Stadt Konstanz



Foto: Michael Packschies

Witten an der Ruhr

In Witten wird seit 35 Jahren für den Umweltschutz auf kommunalen Flächen auf alle Pflanzenschutzmittel verzichtet.

Im Rahmen „alternativer“ Verfahren wurden verschiedene Geräte ausprobiert:

a) auf befestigten Flächen:

Zufriedenstellende bis gute Leistungen zeigt dabei eine Unkrautbürste (Anbau an einer Trägermaschine). Als nachteilig wird beschrieben, dass der Einsatz bei dünnem Alt-Asphaltbelag problematisch

ist, da die Deckschicht beschädigt werden kann. Ansonsten werden Freischneider mit Faden- oder mit Drahtbürstenkopf eingesetzt.

Schlechte Erfahrungen wurden in Witten mit einem Heisswasser-Dampfgerät gemacht. Die Flächenleistung war schlecht und kein Dauererfolg zu verzeichnen. Auch die thermische Behandlung wurde wieder eingestellt. Diese war wegen des hohen Gasverbrauchs zu teuer und zu zeitaufwendig.

„Zufriedenstellende bis
gute Leistungen zeigt eine
Unkrautbürste.“
Stadt Witten an der Ruhr

b) auf bewachsenen Flächen:

Hier ist vor allem bei bodendeckenden Pflanzen Handarbeit erforderlich. Ansonsten werden Freischneider mit Fadenkopf oder Rasenmäher eingesetzt.

Als besonders wichtig wird – neben der Bereitstellung finanzieller Mittel – die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung beschrieben. Es werden häufig Beschwerden über den Allgemeinzustand einiger Grünanlagen vorgebracht. Auch die Ausstattung mit genügend finanziellen Mitteln und Personal sind entscheidend für den Erfolg.

Eckernförde

In Eckernförde wird seit 25 Jahren auf Pestizide verzichtet. Ausnahmen gibt es nur bei der Kulturanzucht in den Gewächshäusern der Stadtgärtnerei. Noch vor einigen Jahren setzte man Pestizide gegen den Riesenbärenklau ein. Diese Entscheidung wurde wieder revidiert, da der Bekämpfungserfolg nicht besser als bei einer konsequenten manuellen Behandlung war.



Foto: Michael Packeschie

In der Stadt an der Ostsee kommen statt Pestiziden vor allem Wildkrautbürsten und Handarbeit zum Einsatz. Auf befestigten Flächen wird mit einer Kleinkehrmaschine mit Drahtbürste gearbeitet. Der Aufwuchs von unerwünschten Wildkräutern kann so aber nur vermindert, nicht aber ganz beseitigt werden.

Andere Geräte wurden in Eckernförde schon ausprobiert, brachten aber keine besseren Ergebnisse. An einigen Stellen führte man Umbaumaßnahmen durch, um den Wildkrautbewuchs von vornherein einzudämmen.

*„Die Kombination aus Handarbeit, Abdeckung mit Schreddergut und angepasster Nachpflanzung hat sich in den Kulturflächen durchgesetzt, ...“
Stadt Eckernförde*

Die wichtigsten Punkte, um auf Pestizide verzichten zu können:

- Der regelmäßige Einsatz der Kehrmaschinen
- Eine frühzeitige Bekämpfung aufkeimender Wildkräuter
- Ein sauberes Beetsubstrat bei der Erstbepflanzung sowie regelmäßige Beetpflege
- Die sorgfältige Auswahl der Pflanzen nach Boden und Standort
- Eine Information der Öffentlichkeit durch Medien, Vorträge, persönliche Beratung, Faltblätter und Broschüren
- Die Information der eigenen Mitarbeiter und der politischen Entscheidungsträger

7 Beschlussvorlage „Gemeinden und Städte ohne Pestizide“

Beschlussvorlage „Gemeinden und Städte ohne Pestizide“ zur Vorlage für den Gemeinde- bzw. Stadtrat

Der Gemeinde-/Stadtrat von » «
entscheidet in seiner Sitzung vom » «, dass die Gemeinde/Stadt:

1. sich dafür einsetzt, auf allen kommunalen Flächen – auf Kultur- sowie Nicht-Kulturland – auf den Einsatz von Pestiziden zu verzichten. Da ein vollständiger Verzicht meist erst nach und nach umgesetzt werden kann, wird zu Beginn insbesondere in der Nähe von Kinderspielplätzen, Schulen und Kindergärten auf den Einsatz von Pestiziden verzichtet.
2. private Dienstleistungsunternehmen, die den Auftrag zur Pflege öffentlicher Flächen erhalten, ebenfalls zu einem Pestizidverzicht verpflichtet.
3. der Bevölkerung die neuen Maßnahmen durch Öffentlichkeitsarbeit näher bringt, um Beschwerden wegen angeblich „schlecht gepflegter“ Flächen zuvorzukommen.

Begründung

1. Die biologische Vielfalt ist weltweit in Gefahr, auch in Deutschland. Pestizide tragen erheblich zu diesem Verlust bei. Gerade unsere Städte und Dörfer bieten verschiedenste Lebensräume für viele Tiere und Pflanzen.
2. Pestizide verschmutzen Gewässer, Böden, Futter- und Lebensmittel. Pestizide können weltweit auch in entlegensten Gebieten nachgewiesen werden.
3. Pestizide gefährden unsere Gesundheit. Das häufig eingesetzte Herbizid Glyphosat wird mittlerweile mit chronischen Erkrankungen, Störungen des Hormonsystems, Geburtendefekten sowie Krebs und Parkinson in Verbindung gebracht.
4. Pestizide gefährden unsere Umwelt. Sie zerstören die Bodenfruchtbarkeit, sind schädlich für Wasserorganismen und haben negative Auswirkungen auf Bienen und andere Insekten sowie Vögel und Säugetiere.
5. Die Pflege öffentlicher Flächen ist mit alternativen Verfahren ohne den Einsatz von Pestiziden möglich. Die Pflichten der Kommune müssen dadurch nicht vernachlässigt werden. Dies zeigen Kommunen wie Münster, Saarbrücken, Tübingen und andere, die seit vielen Jahren ohne Pestizide arbeiten.

*Wichtig ist die
„Verwendung krankheits-
resistenter Pflanzen“.
Trier, pestizidfrei*

8 BUND-Forderungen

an Kommunen:

- Verzichten Sie in Ihrer Kommune auf den Einsatz von Pestiziden. Nutzen Sie alternative Verfahren.
- Setzen Sie sich in Ihrer Kommune für einen Verzicht auf Pestizide ein. Überzeugen Sie Mitarbeiter der Verwaltung, politische Vertreter und Mitarbeiter, die für die Pflege der kommunalen Flächen zuständig sind, von der Möglichkeit auch ohne Pestizide arbeiten zu können.
- Kontrollieren Sie den verbleibenden Einsatz von Pestiziden streng.
- Nutzen Sie die Erfahrungen anderer Kommunen. Sprechen Sie uns an, wir stellen gerne Kontakte her.

an das Bundeslandwirtschaftsministerium:

- Pestizide sind strenger und auch auf Langzeitwirkungen zu prüfen.
- Kombinationswirkungen beim Einsatz mehrerer Pestizide und subletale Effekte (die nicht direkt zum Tode führen) müssen innerhalb der Zulassung mitgetestet und in die Prüfung integriert werden.
- Die Öffentlichkeit ist über die Aus- und Nebenwirkungen des Einsatzes von Pestiziden zu informieren und
- eine regelmäßige Überprüfung des sach- und fachgerechten Einsatzes von Pestiziden ist vorzunehmen und Verstöße sind streng zu ahnden.

„Der Einsatz auf nicht versiegelten Flächen erscheint wegen der Versickerungsmöglichkeit der Pestizide fraglich (...). Auf versiegelten Flächen ist ein Einsatz in aller Regel kaum lohnenswert, da sich hier ohnehin kaum Unkraut oder ähnliches bildet“.
Betzdorf (bei Siegen), pestizidfrei.

BUND zu Biologischer Vielfalt und Pestiziden: www.bund.net/biologische_vielfalt
www.bund.net/pestizide

Kontakte

Stadt Bielefeld

Eckerndorfer Straße 43, 33609 Bielefeld
Uwe Eweler: Tel.: 0521-51-0
E-Mail: uwe.eweler@bielefeld.de

Stadt Celle

Lüneburger Straße 66, 29223 Celle
Herr Barner: Tel.: 05141-939014
E-Mail: Sven.Barner@celle.de

Stadt Eckernförde

Ansprechpartner: Michael Packschies
Telefonnummer: Tel.: 043 51-71 0670
E-Mail: michael.packschies@stadt-eckernfoerde.de

Stadt Konstanz

Fritz-Arnold-Straße 2B, 78467 Konstanz
Andreas Radon: Tel.: 07 53-199 72 73
E-Mail: radon@ebk-tbk.de

Stadt Münster

Klemensstraße 10, 48127 Münster
Jürgen Staubach: Tel.: 02 51-492 67 18,
E-Mail: staubachJ@stadt-muenster.de

Stadt Saarbrücken

Nassauer Straße 4, 66111 Saarbrücken
Ursula Michel, Tel.: 0681-905-138
E-Mail: gruenanlagen@saarbruecken.de

Stadt Tübingen

Am Markt 1, 72070 Tübingen
Hans-Peter Kern: Tel.: 07071-2042474,
E-Mail: hans-peter.kern@tuebingen.de

Stadt Witten

Pferdebachstr. 109, 58454 Witten
Heinz Ielgemann: Tel.: 02302-581 35 54
E-Mail: heinz.ielgemann@stadtwitten.de

Luxemburger Projekt „...ohne Pestizide“

www.environment.public.lu/sanspesticides
Koordinator Nils Leches:
Tel.: 00352-24 78 68 32
E-Mail: leches@ebl.lu

Städtenetzwerk QuattroPole

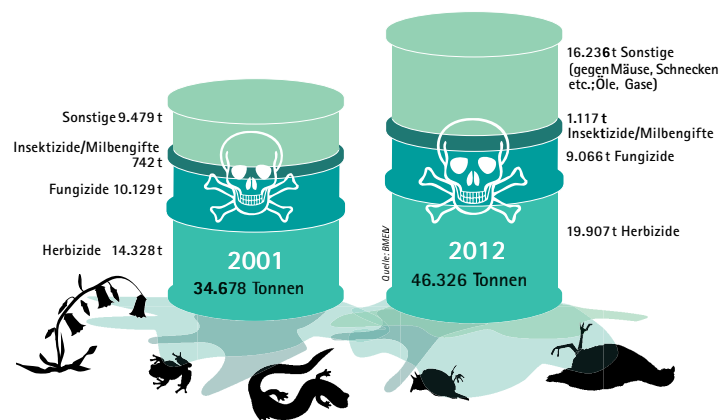
Pierre Schmitt, Stadt Luxemburg
Tel.: 003 52-47 96 32 17,
E-Mail: pschmitt@vdl.lu

9 Die erfolgreiche Pestizidarbeit des BUND

Der Einsatz von Pestiziden hat gravierende Auswirkungen auf unsere Biodiversität. Viele geschützte Tierarten sind durch sie stark gefährdet. In der Bunderepublik ist der Pestizideinsatz in den letzten Jahren weiterhin angestiegen.

Inlandsabsatz Pestizide

Jahr für Jahr landen mehr Pestizide auf unseren Äckern. Viele typische Pflanzen und Tiere unserer Kulturlandschaft werden deshalb immer seltener.



Der BUND leistet einen wesentlichen Beitrag dazu, um auf die Bedrohung von Arten durch Pestizide öffentlich aufmerksam zu machen. Seit 2010 arbeiten wir in der Bundeschäftsstelle an dem Thema „Pestizide & Biodiversität“. Neue wissenschaftliche Erkenntnisse werden hier mit Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit aufgearbeitet und allgemein verständlich publiziert. Das ist notwendig, denn Pestizide werden heute regelmäßig in vielen Bereichen unserer Gesellschaft eingesetzt: in der konventionellen Landwirtschaft, im Kleingarten, aber auch in den Kommunen.

Mit einer Nutzung der verschiedensten Kommunikationsinstrumente versucht der BUND, das abstrakte Thema der Wirkungen von Pestiziden auf die Artenvielfalt für eine breite Öffentlichkeit verständlich zu machen. Dafür wählen wir attraktive Tierarten, die besonders unter dem Einsatz von Pestiziden zu „leiden“ haben. Mit ihnen versuchen wir aufzuzeigen, wie Pestizide ganze Artengruppen schädigen. Wir bedienen uns dabei eines Mix aus traditionellen Materialien der Öffentlichkeitsarbeit (Faltblättern, Plakaten, Postkarten) kombiniert mit den modernen Medien (Internet, facebook, twitter). Der neu aufgebaute BUND-Internetauftritt zum Thema Pestizide ist ein zentrales Element und zugleich eine gut genutzte Informationsbörse (www.bund.net/pestizide).

Städte und Gemeinden auf ihrem Weg zur „Pestizidfreien Kommune“ begleiten

Der BUND hat mit der Veröffentlichung seines Ratgebers „Die pestizidfreie Kommune“ Neuland betreten und klare Signale gesetzt. Denn pestizidfreie Kommunen haben eine besondere Zukunft. Regelmäßig erhalten wir Anfragen aus diesen Kommunen und von denen, die das noch werden möchten. Wir wollen diese auch weiter unterstützen und deren Vernetzung vorantreiben. BUND-Gruppen vor Ort werden dabei ein wichtiger Partner sein.

Dialog mit EntscheidungsträgerInnen zur Reduktion des Pestizideinsatzes fortsetzen

Die politische Arbeit ist für den BUND sehr wichtig. Der regelmäßige Kontakt zu Entscheidungsträgern in der EU und der Bundespolitik gewährleistet, dass wir alle notwendigen Informationen zur aktuellen Pestizidpolitik zeitnah erhalten und darauf reagieren können. Ebenso ermutigen wir unsere Landesverbände, sich auf Landesebene in die Umsetzung des nationalen Pestizidrechts einzumischen.

Foto: Ann-Katrin Sporkmann/BUND



Die Umsetzung des Pestizidreduktionsprogramms der Bundesregierung (Nationaler Aktionsplan zum nachhaltigen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln (NAP)) wird vom BUND kritisch begleitet. Die Verbände stellten fest, dass trotz intensiver Beteiligung ihre Interessen völlig unzureichend berücksichtigt wurden. Deshalb sind Umwelt-, Verbraucher- und Imker-Verbände, sowie der Bundesverband der Energie- und Wasserwerke (bdew) aus dem NAP-Prozess der Regierung ausgestiegen. Sie sind auch bis heute aufgrund unveränderter Strukturen nicht bereit, in dem Prozess wieder mitzuarbeiten.

Der BUND beobachtet intensiv die weitere Entwicklung des nationalen Pestizidrechts. Hier besteht dringender Reformbedarf. Wir beteiligen uns in enger Abstimmung mit anderen Umweltverbänden an der Reform der weiteren Ausgestaltung der Pestizidpolitik.

Der BUND fordert eine radikale Reduktion des Pestizideinsatzes. Dazu nutzt er auch öffentliche Aktionen wie Demonstrationen. So sind wir jedes Jahr während der „Grünen Woche“ in Berlin auf der Demonstration des Agarbündnisses „Wir haben es satt“ ein entscheidender Mitveranstalter. An dieser Protestaktion gegen die praktizierte industrielle Landwirtschaft nahmen 2014 über 25.000 Menschen teil.

Bienenkilern den Kampf ansagen

Die bisherige Arbeit des BUND gegen gefährliche Pestizide war bereits erfolgreich. Wir haben dazu beigetragen, dass auf EU-Ebene ab Dezember 2013 drei der bienengefährlichsten Wirkstoffe der Neonicotinoide für zwei Jahre vom Markt genommen wurden. Wir werden die neusten Erkenntnisse aus der Wissenschaft weiterverfolgen und uns dafür einsetzen, dass diese Wirkstoffe verboten bleiben und auch alle anderen Neonicotinoide vom Markt genommen werden.

Auch im Einsatz gegen die ungebremste Verwendung des Unkrautvernichters Glyphosat hat der BUND einen Erfolg zu verzeichnen. 2014 wurde die Nutzung des Wirkstoffs zur Erntevorbereitung, auch Sikkation genannt, in der Bundesrepublik erheblich eingeschränkt. Das ist ein Ergebnis der europaweiten Glyphosattests. Der BUND hatte mit seinem Netzwerk von Friends of the Earth 2013 europaweit Urin von Großstädtern auf Rückstände von Glyphosat untersucht und ist fündig geworden: 70 Prozent der Deutschen hatten Glyphosat im Urin. Wir fordern von Bund und Ländern, dass Lebensmittel zukünftig häufiger auf Glyphosat getestet werden.

Demo gegen das Bienensterben vor dem Bundestag



Das Buch „Das Ende der Artenvielfalt“ können Sie im www.bundladen.de bestellen.



1



2



3



4

5



6



8



9

- 1: Plakat „Das Schweigen der Lerchen“
- 2: Flyer „Unseren Wald vor Pestiziden schützen“
- 3: Flyer „Bienensterben stoppen“
- 4: Postkarten „Vögel retten“
- 5: Postkarten „Wildbienen retten“
- 6: Buch „Das Ende der Artenvielfalt“ 29,95 € (Best-Nr.: 39323) www.bundladen.de
- 7: Flyer „Vögel retten“
- 8: Postkarten „Frösche retten“, „Kröten retten“, „Unken retten“
- 9: Flyer „Frosch & Co“ retten“

Hier können Sie die Flyer und Postkarten herunterladen und bestellen:
www.bund.net/pestizide_materialien

Wir würden gerne noch mehr für Sie tun. Studien, Ratgeber, Lobbyarbeit und Aktionen haben ihren Preis.

Der BUND ist die Umweltorganisation in Deutschland, die sich dafür einsetzt, Mensch und Natur vor giftigen Chemikalien zu schützen. Unterstützen Sie unsere Arbeit dauerhaft – damit wir noch mehr für sie tun können. Werden Sie noch heute BUNDmitglied – www.bund.net/mitgliedwerden

Unterstützen Sie uns mit einer Spende!

BUND e.V. Kennwort: Gegen Gift
 Spendenkonto: 232
 Sparkasse Köln/Bonn
 BLZ 370 501 98

Bund für
 Umwelt und
 Naturschutz
 Deutschland



Fotos (von oben nach unten): Doris Bauer, mit freundlicher Genehmigung der Stadt Luxemburg - Mit freundlicher Genehmigung der Stadt Münster (2 und 3) - Mit freundlicher Genehmigung der Stadt Saarbrücken

Förderhinweis: Diese Publikation wurde finanziell vom Bundesumweltministerium und vom Umweltbundesamt gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben und für die Beachtung privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Impressum
 Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) - Friends of the Earth Germany - Am Köllnischen Park 1 - 10179 Berlin
 Tel.: 030/27586-40 - Fax: 030/27586-440 - www.bund.net - Text: Tomas Brückmann, Patricia Cameron, Katja Vaupel, 2014
 V.i.S.d.P.: Dr. Norbert Franck - Gestaltung: Claudia Gunkel, N & U GmbH - Druck: Z.B. - Zweite überarbeitete Auflage, Berlin 2014

Weitere Infos über Chemiepolitik finden Sie unter www.bund.net